

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1842**

8 (26.1.1842)

Ein Abonnement besteht aus 25 Nummern und kostet 40 fr. Durch die Post bezogen für Baden 45 fr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

# Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe bei Walsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 8.] Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände im Jahre 1842. [26. Januar]

Heransgegeben von den Abgeordneten

Bassermann, Bissing, v. Ihlein, Kuenzer, Martin, Rindeschwender, Sander, Welcher und Weller.

Redigirt von Karl Mathy. — Druck von Walsch und Vogel in Karlsruhe.

## 38ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer.

(Schluß.)

Christ erklärt sich ebenfalls für den Kommissionsantrag und hält den hochwichtigen Gegenstand für geeignet, in den deutschen Kammern zur Sprache gebracht zu werden, bis die deutschen Regierungen sich über gemeinsame Maßregeln verständigen. Der Redner will nicht in eine ausführliche Erörterung eingehen, sondern nur einige Gesichtspunkte hervorheben, und zwar zunächst die Ursachen der Auswanderungen. Diese findet er nicht in den gewöhnlich als solche angegebenen Mischständen der Uebervölkerung, der Ueberfüllung der Gewerbe und ähnlichen Motiven. Weit entfernt, übevölkert zu seyn, könne Deutschland vielmehr die doppelte Anzahl der gegenwärtigen Bewohner ernähren; Landwirtschaft und Gewerbe hätten seit 50 und 100 Jahren nicht gar erhebliche Fortschritte gemacht. (Mehrere Stimmen widersprechen dieser Behauptung.) Je größer der Aufschwung in Deutschland sei, und je höher es sich über seine Nachbarn erhebe, desto weniger sei es auf sich selbst beschränkt, desto weiter stehen ihm alle Theile der Erde offen. Den Beweis dafür liefere England und auch Deutschland müsse es dahin bringen, daß der Deutsche, so gut wie der Engländer, die ganze Welt sein Vaterland nennen könne. Das Auswandern sei übrigens eine Thatsache, welche die Regierungen beachten müssen, was auch immer die Gründe dazu seien. Sie sollten diese Thatsache als Mittel benutzen, die deutsche Nationalität auszudehnen; hierzu sei die Gründung einer Seemacht die nothwendige Bedingung. Ohne solche wirke die Auswanderung nur nachtheilig auf Deutschland, indem sie ihm Kräfte entzieht, ohne Ersatz. Die vom Ganzen losgerissenen Glieder müssen in ihrer Trennung vom Mutterlande und in ihrer Vereinzelnung früher oder später ihre Nationalität verlieren. Es sei daher die Aufgabe der deutschen Regierungen, gemeinschaftlich dahin zu wirken, daß die Ausgewanderten deutsche Kolonien bilden, ähnlich denen, welche die alten Völker und in neuerer Zeit die Britten gegründet.

Trefurt schließt sich den Ausführungen der Redner an, welche den Gegenstand von dem höhern Gesichtspunkt der Nationalität aus beleuchtet haben, und fügt nur die Bemerkung hinzu, daß die Regierungen schon aus finanziellen Gründen Sorge tragen sollten, das Loos der Auswanderer möglichst sicher zu stellen, damit nicht so Viele als Bettler heimkehren und den Gemeinden, oder dem Staate zur Last fallen.

Sander: Der Gegensatz zwischen sonst und jetzt ist wahrhaft betrübend. Während unsere Vorfahren mit dem Schwert in der Hand auszogen und sich Wohnsitze in fremden Ländern erkämpften, geht jetzt der Deutsche ins Ausland, um im Dienste und zum Vortheile desselben im Schweisse seines Angesichtes sich abzumühen. Es ist Zeit, den Auswanderungen eine andere Richtung und Bedeutung zu geben; es muß dahin gewirkt werden, daß die Kräfte der Auswanderer für das Mutterland nicht verloren gehen. Dies wird wohl am Besten dadurch erreicht, daß man die Auswanderungen vorzugsweise dahin leitet, wo deutsche Ansiedelungen schon in einer gewissen Ausdehnung vorhanden sind, wo also für neue Einwanderer schon ein Anhaltspunkt gegeben und die Erhaltung der deutschen Nationalität am Leichtesten zu sichern ist. Diese Bedingung ist in Nordamerika erfüllt; dort bilden die Deutschen bereits eine Macht, und wie man für das Mutterland am besten sorgt, wenn die Auswanderungen dorthin geleitet werden, so wird auch von dorthen durch die neuen Kräfte, welche man der Erhaltung deutschen Wesens, deutscher Sitte, deutscher Sprache im fremden Welttheil zuführt, der beste Dank zu erwarten seyn. Ich bin daher der Meinung und stelle den Antrag: Die Kammer möge den Wunsch in das Protokoll niederlegen, daß bei Leitung der Auswanderungen immer die Erhaltung und Ausbreitung der deutschen Nationalität hauptsächlich berücksichtigt werde.

Kuapp wünscht, daß in Nordamerika mehrere Konsulate errichtet würden und spricht sich entschieden gegen die Auswanderungen nach Rußland, Polen und Ungarn aus. Er findet nicht, daß wir an Uebervölkerung leiden, denn es fehle an tüchtigen Arbeitsteuten und Dienstboten. Die

Ursache liege in dem Stolz und Müßiggange, welche sich auch der unteren Klassen bemächtigen, so daß sie sich der Arbeit schämen.

Frhr. v. Rüd t bemerkt: Es sei eine alte Erfahrung in der Weltgeschichte, daß ein Erdtheil dem andern den Ueberschuß seiner Bevölkerung zusende; so habe Europa einen großen Theil seiner Bewohner aus Asien erhalten, so Amerika in neueren Zeiten aus Europa. Geschähen diese Ansiedelungen in großer Masse, so vermöge sich auch die Nationalität der Einwohner zu erhalten, während, wenn sie in kleinem Maßstabe und vereinzelt stattfinden, sie in der Regel dem Einfluß übermächtiger umgebender Elemente nicht widerstehen können. Diese Erscheinung werde sich auch jetzt bewähren; wo in Amerika Deutsche in Massen angesiedelt seien, da erhalte sich auch ihre Sprache, ihre Nationalität, der der Landeseingebornen gegenüber. Was die Ursachen der Auswanderungen betrifft, so seien sie nicht als eine Folge der im Vaterlande herrschenden Noth zu betrachten, denn wer auswandere, müsse auch noch Mittel dazu besitzen, um Reisekosten und Erwerbung neuen Grundeigenthums zu bestreiten; die wahre Ursache sei eine gewisse Ungenügsamkeit der Menschen mit ihren Zuständen, die mangelhafte Kenntniß derer in fremden Ländern, glückliche Erfolge einzelner Auswanderer, die Hoffnung die durch solche Erfolge Einzelner bei Allen erweckt würden, und endlich auch der Umstand, daß bei den in großem Maßstabe schon ausgeführten Auswanderungen, nach Nordamerika z. B., ein steter Zusammenhang der Ausgewanderten mit den Zurückgebliebenen stattfände und die Letzteren durch die Macht des Familiengeistes vielfach zur Vereinigung mit ihren Verwandten getrieben würden. Die Regierung ihrerseits habe das ihrige gethan, um den Auswanderern hülfreich zu seyn; sie habe Konsuln in Frankreich und Amerika ernannt, und diese hätten schon vielfach erspriessliche Dienste geleistet. Ob das System der Kolonisation auf andere Weise sich durchführen lasse, sei sehr zweifelhaft, und ohne Unterstützung einer Scemacht nicht ausführbar; die Gründung einer solchen aber nicht die Sache des Augenblicks, noch der nächsten Zukunft. In dieser Richtung spezielle Schritte zu thun, sei nicht Sache der Regierung; sie werde aber mitwirken, wenn von der Seite her Vorschläge kämen, wo schon der geographischen Lage nach die Initiative dazu gegeben werden müsse.

Welcker ist der Meinung, daß auch ein kleiner Staat für die Durchführung großer Ideen die Initiative ergreifen könne. Es sei übrigens Sache des Zollvereins, sich hier an die Spitze zu stellen, und mit fremden Staaten Unterhandlungen anzuknüpfen. Unter den Ursachen zu Aus-

wanderungen befinde sich auch der unerfreuliche politische Zustand, die Beschränkung der bürgerlichen Freiheit im Vaterlande. Der Redner wünscht ebenfalls, daß die Auswanderer, durch Erhaltung ihrer Nationalität in Verbindung mit dem Mutterlande bleiben möchten, und beschränkt diesen Wunsch nicht auf die Deutschen in Amerika, sondern dehnt ihn auch auf die in Kurland, Liefland und Luxemburg lebenden Deutschen aus.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. Fünfgelt über die Ursachen zur Auswanderung und des Abg. Posselt für die Leitung derselben nach den vereinigten Staaten, wird die Discussion und die Sitzung geschlossen.

### 39ste öffentliche Sitzung der 2. Kammer

Karlsruhe, 25. Januar. Vorsitz des Präsidenten Beck. Auf der Regierungsbank: Frhr. v. Rüd t.

Der Präsident eröffnet der Kammer, daß der Abg. Blankenhorn wegen Familienangelegenheiten auf acht Tage Urlaub wünsche, der ihm ertheilt wird.

Bader. In der letzten Sitzung, welcher anzuwohnen ich durch Unwohlseyn verhindert war, haben Sie mir die Ehre und das Vertrauen erwiesen, mich zu Ihrem ersten Vicepräsidenten zu ernennen. Indem ich Ihnen hiefür nachträglich meinen verbindlichsten Dank sage, werde ich mich bemühen, Ihr Vertrauen, wodurch ich mich so geehrt fühle, zu verdienen.

Das Sekretariat macht nachstehende Eingaben bekannt: 1) Eine Petition sämmtlicher Gemeinderäthe der Amtsbezirke Lörrach und Müllheim, in Betreff der Richtung der Eisenbahn nach Lörrach. 2) Eine Petition der Metzgerzunft des Amtsbezirkes Gernsbach, um Aufhebung der Schlachtwieh-Accise. 3) Eine Petition des Leonhard Leidig von Dühren, Zinse aus dem Einstands-Kapital seines verstorbenen Bruders betreffend.

Der Abg. Weller übergibt den Bericht der Budget-Commission über das Budget des Justizministeriums für die Etatsjahre 1842 und 1843.

Sander erhält das Wort zur Begründung seiner Motion über die Verbindung der beiden Landes-Universitäten zu einer und Errichtung einer staats- und volkswirtschaftlichen Universität an dem Orte der andern.

Unsere Leser haben diese Motion als Beilage zu Nr. 3 der Landtagszeitung bereits vollständig erhalten.

Nachdem der Redner die Begründung seiner Motion geschlossen, äußert

Frhr. v. Rüd t, daß die Regierung sich in Betreff dieser Motion und ihrer Beantwortung das Weitere vorbe-

halte, falls die Kammer solche später in förmliche Berathung nehmen wolle; alsdann werde auch der Ort seyn, in Beziehung auf die Vorwürfe, die der Herr Antragsteller der Regierung rücksichtlich der Behandlung der polytechnischen Anstalt gemacht hat, das Gebührende zu erwidern. Für jetzt beschränkt sich der Redner, — zur Beseitigung der Besorgnisse, die, wie ganz natürlich, in verschiedenen Landesetheilen nach Ankündigung der fraglichen Motion erregt worden sind, so wie zur Beseitigung jedes Zweifels darüber, als ob die Regierung in irgend einer Weise Veranlassung zu dieser Motion gegeben habe, — auf die Erklärung: daß die Regierung unter den bestehenden Verhältnissen sich nicht bewogen finde, in eine Veränderung hinsichtlich des Bestandes der beiden Landes-Universitäten einzugehen, oder desfalls einen Antrag selbst zu stellen.

Welcher gesteht, daß er schon die Ankündigung der Motion mit Betrübniß vernommen habe, obgleich er überzeugt gewesen, daß er etwas sehr Vorzügliches und Geistreiches hören werde, was sich auch vollkommen bewährt habe. Er unterscheidet in dem Antrage zwei Theile; der eine heißt: Aufhebung; der andere: neue Gründung und Beförderung. Wenn es sich von Wissenschaften so wichtiger Art, wie die polytechnische und nationalökonomische handelt, werde er gewiß nicht dazu stimmen, die Sache von der Hand zu weisen, sondern Allem beitreten, was in dieser Hinsicht zur Hebung, Ausbildung und Förderung geschehen kann; damit werde er auch im Sinne des Landes und der Regierung stimmen, welche die Wissenschaft immer als einen Gegenstand ihrer Ehre und Sorgfalt betrachtet hat. Anders verhalte es sich, wenn von Aufhebung die Rede ist; denn hier handle es sich um eine Frage, welche so tief in unsere Interessen einschneidet, daß er geradezu den Antrag stelle: die Motion des Abg. Sander lediglich in Beziehung auf die Ausbildung und Beförderung des polytechnischen und nationalökonomischen Wissens, nicht aber in Beziehung auf die Frage der Aufhebung einer der beiden Landesuniversitäten an die Abtheilungen zu weisen. Zur Begründung dieses Antrages untersucht der Redner die Frage: was es heiße, eine der beiden Landesuniversitäten aufheben? dies heiße erstens: eine Verfassungsänderung vorschlagen, was in der gegenwärtigen Zeit, wo die Verfassung so vielfach gefährdet und angegriffen wird, von Seiten der Volksvertreter nicht geschehen solle. Diese seien im Gegentheil in der Lage auf den Brechen zu stehen, die von dem Rechtszustand übrig bleiben, keine unvertheiligt hinzugeben und durchaus konservativ zu seyn, da man gegenwärtig nicht mehr von Ausbildung der Verfassung sprechen kann. Sodann aber handle es sich von

einer Bestimmung, die nicht durch die Verfassung erschaffen und in den Staatsorganismus eingeführt wurde, sondern von dem unzerstörbaren Rechte der Stiftungen, die unter den Schutz der Verfassung gestellt wurden. Diese solle man auch nicht einmal dem Scheine nach antasten, vielmehr den Glauben wachsen lassen, daß sie Heiligthümer sind. Es handle sich ferner um Aufhebung eines Kleinods der deutschen Nation, einer Universität. Als Karl Friedrich die beiden Universitäten aufrecht hielt, sprach er sich dahin aus, daß sie dem ganzen deutschen Vaterlande angehören und daß er weit entfernt sei, eine davon aufheben zu wollen. In dieser Beziehung glaubt der Redner die Stimmung der Kammer so gut zu kennen, daß er überzeugt ist, auch die reifste Berathung in den Abtheilungen werde nicht den Beschluß bewirken, eine Universität aufzuheben. In Beziehung auf das, was der Abg. Sander über den Verfall der Universitäten gesagt, gesteht der Redner zwar, daß die Achtung gegen dieselben und gegen die Gelehrten gesunken sei, erwartet aber, daß die Ursachen dieses Sinkens nur vorübergehend seien. Die Regierungen hätten angefangen, die Achtung zu untergraben. Der Redner erkennt den von dem Abg. Sander als Nebenpunkt betrachteten Umstand, daß die Zahl der Studierenden sich vermindere, nicht an. Zwar werde durch die polytechnische Anstalt mancher junge Mann den Universitäten entzogen, aber die Zahl der Juristen, Mediziner und Theologen werde nicht geringer, steige vielmehr mit der Bevölkerung. Namentlich werde, wenn manche Störungen in Beziehung auf die Universitäten wegfallen, Freiburg sich wieder hoch emporheben. In Beziehung auf den zweiten Theil des Vorschlags des Abg. Sander, worin der Redner den besseren Theil der Begründung erkennt, und den er zur Verweisung an die Abtheilungen empfiehlt, hebt er nur den Punkt heraus, wo von einer Universität der politischen und ökonomischen Wissenschaften die Rede ist.

Universität heiße aber Gesamtheit und Anerkennung des inneren Zusammenhangs der menschlichen Wissenschaften. Hier dürfe man nicht trennen und der Vorschlag zu einer Trennung erkläre sich nur durch eine gewisse Nichtachtung der heutigen gelehrten Anstalten, weil sie sich durch die Mittel der Regierungen haben einschüchtern lassen, fast überall mehr dem servilen, als dem liberalen Prinzip huldigen und leider durch Kleinlichkeit und Schwäche sich von der wahren Vertheidigung wissenschaftlichen Rechts und wissenschaftlicher Freiheit zum Theil abgewendet haben. Dies seien aber nur äußere Gründe. Das nationalökonomische Wissen, welches eine Auffassung aller intellektuellen, moralischen, physischen und nationalen Kräfte

erfordere und das Wesen des Staates in seiner ganzen Tiefe ergründen solle, könne man nicht von der allgemeinen Wissenschaft losreißen. Der Redner begründet hierdurch die Behauptung, daß man keine unserer Universitäten aufheben, sondern sie mit dem polytechnischen Institute, wenn es ohne Verletzung anderer Interessen angeht, vereinigen soll, und wiederholt seinen Antrag.

Trefurt bestreitet den von dem Abg. Sander aufgestellten Satz, daß, wenn Anstalten so beschaffen seien, daß man sie nicht errichten würde, falls sie noch nicht beständen, eine der Anstalten sich überlebt habe und fallen müsse. Wenn man nach diesem Grundsatz handeln wollte, würde uns nicht viel übrig bleiben. Er stellt den Antrag daß die Motion nicht bloß theilweise, sondern überhaupt unberücksichtigt gelassen werde. Die Gründe dafür habe der Abg. Welcker bereits vorgetragen; er sei aber bei einer halben Maßregel stehen geblieben, nämlich: der Motion des Abg. Sander das Haupt abzuschlagen und den todten Rumpf in die Abtheilungen zu verweisen. Damit sei weder dem Antragsteller noch sonst Jemand geholfen, denn wenn man den Hauptvorschlag, daß eine der beiden Universitäten aufgehoben werde, fallen lasse, so habe der andere gar keine Grundlage mehr, da man doch in keinem Falle eine dritte Universität werde errichten wollen. Der Redner will nicht in eine nähere Erörterung der Gründe des Abg. Sander eingehen, sondern nur in Betracht ziehen, daß die Antastung der in vieler Hinsicht heiligen und von der Vorzeit ererbten Anstalten, mannigfache Besorgnisse und Unruhen erzeugen müßte. „Es knüpfen sich an diese Anstalten viele und große Interessen, nicht bloß der Orte, wo sie sich befinden, sondern Interessen der allgemeinsten Art, besonders auch kirchliche, die in neuerer Zeit bereits zu viel unangenehm berührt wurden. Man konnte schon bei der Ankündigung dieser Motion darauf rechnen, daß eine solche allgemeine Beunruhigung dadurch werde erregt werden, und dies hat sich bestätigt. Viele Mitglieder dieser Kammer haben von allen Landesheilen her Zuschriften erhalten, welche diese Besorgnisse lebhaft aussprechen. So wie nun die Regierung es gethan, so sollen auch wir bei diesem heiligen und wichtigen Interesse deutlich, klar und entschieden aussprechen, daß wir es jetzt nicht an der Zeit finden, in die Berathung einer Frage einzugehen, die eine so große Beunruhigung im ganzen Lande verurlichte. Es ist zwar Alles vergänglich und unsere Universitäten werden so wenig wie andere Anstalten, ewig leben; allein jetzt ist nicht der Zeitpunkt, an ihrer Existenz zu rütteln und sie in Frage zu stellen.“

Mö r d e s: Wäre der logische Zusammenhang zwischen

den beiden Haupttheilen der Motion des Abg. Sander so eng und unzertrennlich, wie der Abg. Trefurt es durch den organischen Zusammenhang zwischen Haupt und Rumpf bezeichnet hat, so könnte ich mich nicht dazu entschließen, für die Berathung der Motion das Wort zu nehmen. Ich denke aber das Gegentheil und bin im Wesentlichen mit dem Abg. Welcker einverstanden. Wenn man die Frage unter diesem Gesichtspunkt allein auffaßt, so ist auch das Publikum nicht mehr in Sorgen, besonders wenn es hört, daß die von der Regierung gegebene Erklärung faktisch von der Kammer dadurch getheilt wird, daß man den Antrag zur Aufhebung einer Universität nicht einmal zur näheren Erörterung an die Abtheilungen verweist. Unverkennbar wahr hat aber der Abg. Sander in vielen Beziehungen über die Sache gesprochen, indem er die Wichtigkeit der Wechselwirkung von Wissenschaft und Leben, von technischen und Fachschulen deutlich und klar herausgehoben hat. Der Redner führt an, wie dem Bedürfnisse durch die Errichtung von Gewerb- und höheren Bürgerschulen schon Rücksicht getragen wurde, wobei man aber nicht stehen bleiben dürfe. „Die Männer, die einst berufen sind, als leitend in der staatswirthschaftlichen Sphäre bei der Regierung, alles Dasjenige mit Gründlichkeit und Gediegenheit zu kennen, woran sie täglich Hand legen und nachhelfend mitwirken, müssen auch im Besitze aller derjenigen Kenntnisse seyn, die man bei der jezigen Einrichtung der Universitäten dort zu erwerben oft nicht Gelegenheit findet. Es ist ein längst anerkanntes Bedürfnis, daß besonders Fachschulen auf den Universitäten in einer anderen Weise bestehen sollten, als gegenwärtig.“ Der Redner theilt auch in dieser Hinsicht die Ansicht des Abg. Welcker, daß ihm die Universitäten, wie schon ihr Name bezeichnet, das eigentliche Gebiet der metaphysischen Spekulation in allen Sphären menschlicher Erkenntnis zu seyn scheinen. „Ihr Beruf ist es zunächst, diesen Kreis zu erforschen, so weit die geistige Kraft des Menschen reicht, den dadurch erzielten Gewinn den Fachschulen zu übergeben, welche dann auf dem Wege der Tradition näher entwickeln, was sich dem Leben und seinem nächsten Bedürfnisse anpaßt. Das ist meines Erachtens die Aufgabe der Fachschulen, und diese Aufgabe wird gewiß am Besten gelöst, wenn man dieselben auf diese Weise mit den Universitäten verbindet, wodurch sie eine Sciens in ihrer höchsten Potenz werden. Es wird dies nicht nur keinen Nachtheil erzeugen, wie ihn der Abg. Sander zwischen Mutter und Tochter darstellen wollte, sondern auch in Beziehung auf die Wechselseitigkeit zwischen Lehrern und Schülern selbst sehr frommend und fruchtbringend wirken. Weil aber bis jetzt diese Aufgabe noch nicht gelöst ist, so dürfte es wohl der Mühe werth seyn, die Andeutungen, welche der Abg. Sander gegeben hat, und die sogar in wissenschaftlichen Schriften noch eindringlicher enthalten sind, unserer näheren Berathung zu unterwerfen, weshalb auch ich für die Verweisung des zweiten Theils des Antrags in die Abtheilungen stimme.

(Schluß folgt.)